

Schneider-Zeitung

Organ des Verbandes christlicher Schneider, Schneiderinnen und verwandter Berufe

Die „Schneider-Zeitung“ erscheint alle 14 Tage Samstags und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. Für Nichtmitglieder kostet die „Schneider-Zeitung“ durch die Post bezogen 1 Mark pro Quartal ohne Postgeld.

Deutschlands
Herausgegeben vom
Zentralvorstand.

Redaktion u. Expedition: Köln a. Rh., Postfach 9.
Anspruchsschluß: Auf Nr. A 8538. Redaktionschluß
Montags Vorabend vor dem Erscheinungstag. — Inseraten-
annahme durch Otto Kleine, Berlin SW. 47, Wödenstr. 67.

13. Jahrgang.

Köln, den 24. Juni 1916.

Nummer 13.

Das Kapitalabfindungsgesetz.

Das Kapitalabfindungsgesetz, welches der Reichstag nunmehr in zweiter und dritter Lesung erledigt hat, stellt die erste gesetzgeberische Aktion dar zugunsten unserer Kriegsteilnehmer, besonders der Kriegsbeschädigten. Schon nach kurzer Dauer des Krieges trat die Rückkehrbewegung für unsere Kriegsteilnehmer lebhaft auf. Sie stellte sich vorerst zwei Ziele:

1. eine Fürsorge für unsere Kriegsbeschädigten, die jetzt glücklicherweise über ganz Deutschland organisiert sind und im allgemeinen vorzügliche Wirkungen erzielt. Hier handelt es sich im wesentlichen darum, den Kriegsteilnehmern möglichst die Gesundheit wieder zu schaffen, ihnen ein möglichst großes Maß von Arbeitsfähigkeit zu erhalten, ein geeignetes Betätigungsgebiet zu finden und sie dafür vorzubereiten;

2. eine Verbesserung, resp. Erhöhung der Versorgungsgeldbeträge für die Kriegsveteranen wie auch der Hinterbliebenen der Gefallenen. Die letzte Aktion hat eine Zeitlang auch den Reichstag lebhaft beschäftigt, gegenwärtig ist es sehr still darüber geworden. Solange man bei den vorausgesetzlichen Verlusten den Maßstab des Krieges 1870 anlegte, erschien eine Erhöhung und Erweiterung der Invaliden- und Hinterbliebenenrenten möglich und durchführbar. Je länger aber der Krieg dauert, je größer unsere Verlustziffern werden, um so mehr tritt diese Frage in den Hintergrund infolge der unabsehbaren Kosten, die entstehen. Schon die heutigen Versorgungsgelder bedingen für die Unterhaltung der Kriegsinvaliden und Hinterbliebenen eine Ausgabe von jährlich über zwei Milliarden. Aus diesem Grunde ist die Initiative ergriffen, um durch das Kapitalabfindungsgesetz ohne Erhöhung der Versorgungssumme selbst den Kriegsinvaliden und Hinterbliebenen eine neue und gute Art für die Verrentung der Versorgungsgeldbeträge zu eröffnen. Einen kräftigen Anstoß und Förderung fand die Initiative der Regierung durch die Kriegserneuerungsbewegung, die von den Wohnungs- und Bodenreformern in die Wege geleitet wurde und einen starken Widerhall im ganzen deutschen Volk gefunden hat. Das Kapitalabfindungsgesetz wird eine wichtige und bedeutsame Förderung dieser Bewegung werden. Im Nachfolgenden sollen kurze Richtlinien über Sinn und Zweck des Gesetzes gegeben werden.

1. Wesen des Gesetzes.

Das Kapitalabfindungsgesetz soll nicht grundsätzlich die Kapitalabfindung in die Renten- und Pensionsgesetzgebung einführen. Sowohl die Regierung als auch der Reichstag sind einig in der Auffassung, daß die Kapitalabfindung in diesem Gesetz nur zu einem bestimmten Zwecke erfolgt. Grundsätzlich soll die Hinterbliebenen- und Invalidenversorgung unter allen Umständen in der Form der Rente erhalten bleiben. Deshalb enthält das Gesetz — und wohl noch mehr die noch zu erwartenden Ausführungsbestimmungen — Vorschriften, um den Mißbrauch der Kapitalabfindung zu verhindern. Es ist wichtig, dies zu betonen, weil möglicherweise sich bei unseren Kriegsteilnehmern der Gedanke festsetzt, es hätte ein jeder Anspruch darauf, seine Rente im Kapital abfinden zu lassen ohne Rücksicht auf die Verwendung des Abfindungskapitals. Ferner muß von vornherein dem Bestreben vorgebeugt werden, allgemein das Prinzip der Rentengesetzgebung durch die Kapitalabfindung zu durchbrechen. Die beste und sicherste Fürsorge für die Invaliden und die Hinterbliebenen ist und bleibt der Anspruch auf regelmäßige, fortlaufende Renten.

2. Der Zweck der Kapitalabfindung (§ 1).

Die Kapitalabfindung ist nur zulässig zum „Erwerb oder wirtschaftlichen Stärkung eigenen Grundbesitzes“. Es heißt ausdrücklich „eigenen“ Grundbesitzes, also nicht zum Zwecke der Erzielung von Wohnungen oder Geschäftsunternehmungen, auch nicht zur Gründung geschäftlicher Erzeugnisse. Die Begründung liegt darin, daß mit Rücksicht auf die Volkswirtschaft und die Gesundheitspflege angestrebt werden muß, den Kriegsteilnehmern und ihren Hinterbliebenen die Möglichkeit zu ge-

ben, mit Hilfe eines Kapitals auf eigener Scholle einfließend zu machen oder vorhandenes Pflanzgut zu erhalten.

Der Erwerb von Grund und Boden erstreckt sich auf landwirtschaftliche Güter, besonders Ackergründe, auch Wäldern und Gärten (die auch in der Nähe der Städte liegen können), ferner auf den Bau eigener Häuser für Handwerker und Arbeiter; also auch der Hausbesitzer, der ein eigenes Grundstück oder eigenes Haus erwerben will, um darin sein Handwerk zu betreiben, kann berücksichtigt werden. Besonders gilt dies auch von Arbeitern, die durch Vaugenossenschaftlichen Häuser erwerben wollen. Die Kommission hat mit Rücksicht auf die Bedeutung der gemeinnützigen Vaugenossenschaften den Absatz 2 in § 1 besonders hinzugefügt, um jeden Zweifel zu beseitigen, daß die Möglichkeit bei gemeinnützigen Vaugenossenschaften gleichberechtigt ist mit allen anderen Siedlungsunternehmungen. In der Praxis wird in der Regel die Erwerbung des eigenen Grund und Bodens mit Hilfe der Kapitalabfindung durch die Vaugenossenschaften und Siedlungsunternehmungen erfolgen. Aber auch der Einzelkäufer ist nicht bloß nicht ausgeschlossen, sondern wird in erheblichem Umfang in jenen Gegenden in Betracht kommen, wo vorwiegend mittlerer und kleinerer landlicher Besitz vorhanden ist. Die Begründung lautet: „Auf die Besitzform, unter welcher der Abfindungsberechtigte den Grundbesitz erwirbt, kommt es nicht an, vielmehr sollen unter die Bestimmungen des § 1 auch die Formen der Rentenrenten, der Erbschaft und des Erbaurechts, sowie diejenigen Besitzformen fallen, welche für die kleineren landwirtschaftlichen oder gärtnerischen Besitzungen landesgesetzlich vorsehen oder künftig geschaffen werden.“

Die Abfindung geschieht nicht nur zur Erbauung neuer Häuser oder Errichtung neuer Anwesen, sondern es können vorhandene Wohnhäuser und ländliche Anwesen erworben werden. Außerdem kann die Kapitalabfindung stattfinden zur Stärkung eigenen Grundbesitzes, d. h. zur Abfindung von Schulden und zum Kauf von Grundstücken. Die Begründung sagt hierzu: „Unter Stärkung eigenen Grundbesitzes sollen alle Maßregeln verstanden werden, die geeignet sind, einen vorhandenen Besitz und die Gelegenheit zu landlicher Arbeit nicht nur den zu Verrentenden selbst, sondern auch ihren Angehörigen zu erhalten und stärken. Dazu werden zu rechnen sein: Die Abfindung von Schulden oder die sonstige Verbesserung der Schuldverhältnisse, der Aufbau oder die Wiederherstellung von Gebäuden, die Vergrößerung leistungsfähigen Besitzes durch Neuerwerbungen, die Vervollständigung landwirtschaftlichen Inventars usw.“

3. Anspruch auf Abfindung (§ 3).

Ein rechtlicher Anspruch auf Abfindung der Rente ist nicht gegeben. Die Abfindung „kann“ auf Antrag erfolgen (§ 1). Entscheidung trifft die oberste Militärbehörde. Als Voraussetzung für die Abfindung bestimmt das Gesetz, daß der Antragberechtigte das 21. Lebensjahr vollendet und das 55. noch nicht zurückgelegt hat. Nur ausnahmsweise soll über das 55. Lebensjahr hinaus die Abfindungssumme bewilligt werden; der Versorgungsanspruch, d. h. die Rente, muß anerkannt sein und kein Grund vorliegen, daß die Kriegsvorgang später in Wegfall kommen kann (§ 2, Abs. 3). Endlich soll die Gewährung für eine nützliche Verwendung des Geldes gegeben sein (§ 2, Abs. 4).

Ueber die „nützliche Verwendung des Geldes“ hat in der Kommission ein lebhafter Meinungsaustausch stattgefunden. Es soll dadurch der Mißbrauch und leichtfertige Abfindungsgesuche verhindert werden. Zuerst hat es die Kommission für notwendig gefunden, der ursprünglichen Regierungsvorlage in § 2 einen Absatz hinzuzufügen, welcher bestimmt, daß, wenn die oberste Militärverwaltungsbehörde einen Antrag auf Kapitalabfindung ablehnt, weil sie eine nützliche Verwendung des Geldes nicht für gewährleistet hält, dem Antragsteller vor der Entscheidung schriftlich Kenntnis von den Gründen und Gelegenheit zur Äußerung davon gegeben werden muß. Der Zweck dieser Bestimmung ist, zu verhindern, daß aus irgendwelchen politischen und anderen Gründen untergeordnete Zustände über die Antragsteller falsche Informationen an-

den Antragsteller geben, ohne daß der Antragsteller sich dagegen wehren könnte.

4. Beschränkung der Abfindung auf die Zulagen.

Abfindungen können nur die Kriegszulagen und Verrentungszulagen werden (§ 3). Erstere beträgt 180 M., letztere 321 M. Der Kriegszulage steht die Kriegszulage gleich. Für die hinterbliebenen Witwen ist die Abfindung beschränkt auf einen Teil der Rente, und zwar für die Witwe der Feldwebel 300, der Unteroffiziere 250, der Gemeinen 200 M. Es steht kein Anspruch auf eine Abfindung in der vollen Höhe der Zulage. Die Abfindung kann auf einen Teilbetrag beschränkt werden. Die Beschränkung der Abfindungssumme auf die Zulagen ist allgemein gebilligt worden. Es wird dadurch unter allen Umständen verhindert, daß ein Versorgungsberechtigter, selbst wenn ihm die Abfindungssumme durch andere Umstände verloren gehen sollte, er völlig mittellos wird. Es bleibt ihm der Anspruch auf die Grundrenten stets erhalten.

Die Berechnung der Abfindungssumme geschieht nach dem Lebensalter. Die Ansprüche auf die Gewährung der Kriegszulage und Verrentungszulage erledigen mit der Auszahlung der Abfindungssumme.

(Schluß folgt.)

Die Kleiderfrage im Kriege.

Je länger der Krieg dauert, je knapper werden unsere Rohstoffe. Es heißt es mit den vorhandenen Vorräten (Parasit) umgehen, damit wir nicht eines schönen Tages auf dem Trocknen sitzen und das sagen müssen, worauf unsere Feinde warten: „Jetzt geht es nicht mehr“. Obwohl es im deutschen Volk kaum jemand geben wird, der, trotz aller Einschränkungen, „ein nicht mehr geben“ weit von sich weisen würde, bedürfte es dennoch einschneidender behördlicher Maßnahmen, die Bevölkerung zum (parasiten) Wirtschaften mit unseren Vorräten einzuhaken. Zu den vielen, diesen Zweck dienenden Verordnungen ist am 13. Juni eine neue getreten, welche die weitgehende Sicherung der Web-, Wirt- und Strickwaren sowohl für die Kriegsverwaltung wie auch für den Bedarf der bürgerlichen Bevölkerung bezweckt.

Neben der Fürsorge für die Bedarfsbefriedigung der Bevölkerung im allgemeinen, soll die durch die Verordnung geschaffene Reichsbefleidungsstelle Web-, Wirt- und Strickwaren für die Behörden, die öffentlichen und privaten Anstalten und ähnliche Anstalten beschaffen, die Stoffe für die notwendigen Uniformen der bürgerlichen Beamten besorgen und die Herstellung und den Vertrieb von Ersatzstoffen fördern.

Organisation und Verwaltung der Reichsbefleidungsstelle regeln die §§ 1-6 der Verordnung. Sie setzt sich aus einer Verwaltungs- und Geschäftsabteilung zusammen. Die Verwaltungsabteilung ist eine Behörde, die dem Reichsfiskus (Reichsamt des Innern) unterstellt ist. Sie besteht aus einem Vorstand und einem Beirat. Während dem Vorstand unter der Leitung seines Vorsitzenden, Geheimrat Rar. Oberbürgermeister A. D. Dr. Deutler, die Ausführung aller der Reichsbefleidungsstelle übergebenen behördlichen Geschäfte obliegt, hat der Beirat eine beratende und beratende Aufgabe: er soll insbesondere über die Durchführung der den Verbrauch einschränkenden Maßnahmen gehört werden.

Als Geschäftsabteilung wird der Reichsbefleidungsstelle die Kriegswirtschafts-Kriegsgesellschaft eingegliedert werden, die hauptsächlich mit Web-, Wirt- und Strickwaren und deren Erzeugnissen befaßt, also auf diesem Gebiete schon eingearbeitet ist und ausreichende Erfahrungen besitzt. Die Geschäftsabteilung hat die Aufgabe, der deutschen Bevölkerung zur notwendigen Befleidung möglichst viel Web-, Wirt- und Strickwaren zu beschaffen.

Die der Verwaltungsabteilung obliegende Verbrauchsregelung erfolgt nicht auf der Grundlage einer Beschlagnahme der in Deutschland vorhandenen Bestände. Man hat von einer solchen tief einschneidenden Maßnahme Abstand genommen, vielmehr dem legitimen Handel möglichst viel Freiheit gelassen und nur dort eingegriffen, wo dies zur Sicherung der Vorräte und zur Verhinderung preissteigernder Spekulationen nötig erscheint. Dies Ziel soll vorläufig erreicht werden durch eine Beschränkung des Absatzes im Kleinhandel. Bis 1. August 1916 (Kontingent) und nach diesem Zeitpunkte dauernd durch Aufhebung der Bezugsfreiheit und Erlaßnis der Abgabe im Kleinhandel ist lediglich gegen Bezugsfalschheit. Um den sogenannten Kettenhandel zu verhindern und den Verbrauch einzuschränken, ist angeordnet, daß Fabrikanten und Großhändler nur an solche Abnehmer Waren liefern dürfen, mit denen sie bereits vor dem 1. Mai 1915 in dauernder Geschäftsverbindung gestanden haben, ferner daß die gewerbemäßige Herstellung von Befleidungsmitteln nur dann vorgenommen werden darf, wenn der Gewerbetreibende über seinen Kunden einen festen Auftrag schriftlich erhalten hat,

